Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Saller, Stellvertretende Chefredakteure: Werner Titzrath, Fred Hansch, Josef Ollig, Chef vom Dienst: Manfred Schwark. Planung und Sonderproduktion: Hans Wegner, Rudolf Brünings, Wolfgang Fricke (Chefreporter). Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Genske; Dr. Gisela Schoeler (Inland), Hans-Jürgen Müller (Ausland). Hamburg: Wolfgang Schmidt, Stellvertreter: Ludwig Krüger, Walter Küssler. Sport: Jürgen von Eiem. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Lisiott Alverdes, Franke Selle. Wirtschaft: Dr. J. Panzenburg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Krell. Allgemeines: K. Losch. Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Andreas Dauch, Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haake (Bonn), Dr. Erich Hoepfner, Egbert A. Hoffmann. Bonner Redaktion: Wilhelm Stumpfel. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellungs: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hbg. 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverl. eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Verlagsleiter: Rudolph Gothner, Stellvertreter: Walter Rink. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Hafen im Umbruch

Flaggen über der Stadt, Flaggen über dem Hafen. Hamburg feiert den Geburtstag seines liebsten Kindes, des Hafens, der heute 780 Jahre besteht. Wie immer ist dieser Geburtstag auch ein Tag der Erinnerung an die großen Aufgaben, die Hamburg nach dem Kriege und nach der völligen Zerstörung des Hafens gemeistert hat. Aber auch ein Tag der Besinnung auf die großen Aufgaben, die Hamburgs Hafen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu meistern haben wird.

Gerade in diesen Tagen wird der Umbruch deutlich, in dem sich die Schifffahrt und damit auch Schiffbau und Hafenwirtschaft befinden. Container ist das Schlagwort, das immer wieder in den Diskussionen zu hören ist, und das anfänglich viele Leute verschreckt hat.

Inzwischen hat man auch in Hamburg gelernt, mit dem Container zu leben.

Hamburgs Werften haben gezeigt, daß sie den Anschluß im Schiffbau nicht verpaßt haben und daß sie sich weiter dem Ruf der deutschen Qualitätsarbeit im Schiffbau verpflichtet fühlen.

Im 780. Jahr des Hamburger Hafens legen so bedeutende Schiffe wie die neue „Hamburg" — das erste große deutsche Passagierschiff, das nach dem Kriege hier gebaut wurde — oder wie die großen Container-Neubauten für England von dieser Stellung der Hamburger Werften im Weltschiffbau Zeugnis ab.

Auch Hamburgs Reeder haben moderne Schiffe bestellt. So eines der größten Containerschiffe der Welt, das zwischen Hamburg und Australien eingesetzt werden soll. Auch hier hat man die Zeichen der Zeit gesehen.

Aber nicht zuletzt befindet sich der Hamburger Hafen im Umbruch. Auch hier könnte man zahllose Beispiele aufführen. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß sich gerade in letzter Zeit mehr als bisher eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Privatwirtschaft aufgetan hat. Hamburg unterstützt die private Initiative im Hafen durch finanzielle Hilfen. So entstehen nicht nur im „alten Hafengebiet" neue, moderne Anlagen für den Umschlag, sondern auch im sogenannten Hafenerweiterungsgebiet — für das man immer noch keinen zugkräftigen Namen gefunden hat — wird die enge Kooperation zwischen privater Initiative und staatlicher Unterstützung deutlich. Und hier ist es besonders erfreulich, daß sich diese Zusammenarbeit nicht nur auf Umschlagsanlagen bezieht, sondern daß hier auch Hamburgs „drittes Bein", die Industrie, stark gefördert wird.

Dieser Vielklang von Handel und Verkehr, Banken und Industrie und allen Dienstleistungszweigen ist es, der Hamburgs Stellung in der Bundesrepublik attraktiv macht. Mit diesem Pfund sollte deshalb Hamburgs Werbung mehr als bisher wuchern. Denn bei allem, was bisher in dieser Stadt erreicht worden ist, darf man nicht vergessen, daß Hamburg mit seinem Umland erst am Anfang steht, ein großes Ballungszentrum zu werden. Diese Entwicklung zu fördern, ist Aufgabe der Zukunft. kr

Brandt in Hamburg

Fortsetzung von Seite 1

sagte Brandt. Man spiele heute in Ost-Berlin eine Rolle, die so wenig konform mit der Haltung Moskaus sei wie die Truppenparade mit dem Stechschritt am 1. Mai. Brandt forderte von Ost-Berlin deshalb Klarheit. Die Wirkungen des Budapester Appells sollten nicht durch Doppelzüngigkeit in Frage gestellt werden.

Der deutsche Außenminister sprach sich dafür aus, weiter die noch bestehende Furcht vor Deutschland abzubauen. In den vergangenen zweieinhalb Jahren seien auf diesem Gebiet Fortschritte erzielt worden. Brandt wandte sich energisch gegen die Mutmaßung, die Bundesrepublik könne nach dem Rücktritt de Gaulles wieder eine Führungsrolle übernehmen. Die Rolle der Bundesrepublik könne nur sein, den europäischen Völkern überzeugend zu zeigen, wie in unserem Teil der Welt „der Friede sicherer und vielleicht sogar weniger kostspielig" werde.

Nach der Begrüßungsansprache von Professor Stödter, dem Präsidenten des Überseeclubs, hatte zunächst Hamburgs Bürgermeister Professor Weichmann die Gäste im Hamburger Rathaus begrüßt. Er befaßte sich besonders mit den Aspekten der Europa-Politik und forderte, daß man Europa jetzt „neue Richtungen und neue Impulse" geben müsse. Das sei auch für Hamburg besonders wichtig.

DGB in Hamburg untersucht Demonstrationen vom 1. Mai

Hitzige Diskussionen um Strategie der Polizei

Eigener Bericht

ha. **Hamburg, 7. Mai**

Kritik an der Polizei wurde gestern auf der mit etwa 1100 Betriebsrats- und Personalratsvorsitzenden ungewöhnlich gut besuchten Konferenz des Hamburger DGB laut. Einziger Punkt der Tagesordnung: Die Ereignisse des 1. Mai in der Hansestadt. Die Kundgebung auf dem Rathausmarkt war durch Gegendemonstranten der außerparlamentarischen Opposition erheblich gestört worden.

Hamburgs DGB-Chef Adalbert Höhne stellte auf der Konferenz einleitend fest: „Erstmals sind die Gewerkschaften in Hamburg derartig angegriffen worden. Es war mit der Polizei verabredet, daß der Zug der Gegendemonstranten aufgelöst werden sollte. Die Gruppe erschien jedoch in voller Stärke mit allen Transparenten geschlossen vor dem Rathaus. Sie verhielt sich terroristisch. Nur der Zurückhaltung unserer Ordner ist es zu verdanken, daß tätliche Auseinandersetzungen größeren Umfanges vermieden wurden."

Höhne erklärte heute vormittag dem Hamburger Abendblatt, daß Innensenator Ruhnau unmittelbar vor Beginn der Kundgebung vorgeschlagen habe, die Veranstaltung ausfallen zu lassen, da die Polizei nicht für die Sicherheit der Teilnehmer garantieren könne. Höhne: „Nach einem kurzen Gespräch mit Willy Brandt und Otto Brenner auf dem Rathausbalkon habe ich entschieden, daß die Kundgebung stattfindet." Der Landesvorstand der SPD wird sich in der nächsten Woche damit befassen.

Innensenator Ruhnau befindet sich zur Zeit auf Dienstreise. Es war uns nicht möglich, ihn zu erreichen und ihm eine Stellungnahme zu ermöglichen. Wir werden ihm Gelegenheit geben, seine Meinung zu sagen.

In der Innenbehörde wird festgestellt, daß ein Einsickern von APO-Demonstranten in die offene Kundgebung auf dem Rathausmarkt auch nicht zu verhindern gewesen wäre, wenn der Demonstrationszug früher von der Polizei gestoppt und aufgelöst worden wäre. Es habe damit die Gefahr eines Zusammenpralls von Demonstranten und gewerkschaftlichen Kundgebungsteilnehmern bestanden, wobei die für Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortliche Polizei in eine heikle Situation nach beiden Seiten hätte kommen können — und am Ende unter das Feuer allgemeiner Kritik.

Auf der Betriebsrätekonferenz des DGB gab Höhne bekannt, daß er im Auftrage des DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg entschieden habe, daß gegen die Gruppen und Personen, die mit Flugblättern zur Gegendemonstration aufgerufen hatten, Strafanzeige erstattet werden soll. Mehrere Diskussionsteilnehmer wandten sich gegen diesen Beschluß. Ihr Vorschlag: Nicht mit Polizei und Gericht die Auseinandersetzung fortsetzen, sondern durch Gespräch und stärkeres Eintreten für die berechtigten Belange der Jugendlichen.

In erster Linie wurde in der Diskussion Selbstkritik geübt. Redner der verschiedensten politischen Richtungen, auch Kommunisten fehlten nicht, warfen den Gewerkschaften vor, daß sie „müde geworden" seien. Der 1. Mai dürfe nicht als Volksfest, sondern müsse als Kampftag betrachtet werden. Von verschiedenen Seiten wurde der Vorschlag gemacht, alsbald eine Lehrlingskonferenz des DGB in Hamburg einzuberufen. Mehr als bisher müsse man darauf drängen, endlich ein Ausbildungsgesetz zu schaffen und die Leistungsfähigkeit der Berufsschulen zu erhöhen.

Nach fast dreistündiger Debatte wurde eine vom Vorstand eingebrachte Entschließung angenommen. Aus ihr geht hervor, daß die Gewerkschaften sich mit allen in einer Demokratie zur Verfügung stehenden Mitteln gegen eine Verunglimpfung wehren werden. Abgelehnt wird, mit Gewalt Angriffe abzuwehren. Das Gespräch mit der Jugend soll intensiviert werden. Eine Umgestaltung des 1. Mai unter Verzicht auf eine Kundgebung ist im augenblicklichen Zeitpunkt indiskutabel.

In einem Schlußwort appellierte Höhne an die Mitglieder, die Aktivität, die auf dieser Versammlung spontan zum Ausdruck kam, beizubehalten und sie auch auf die Wünsche der Jugend auszurichten.

Lage im Libanon spitzt sich zu

Blutige Kämpfe zwischen Militär und Partisanen

Deutsche Presse-Agentur - ap

Beirut, 7. Mai

Nach neuen blutigen Zusammenstößen zwischen libanesischen Armee-Einheiten und aus Syrien eingedrungenen Terroristen hat sich die Situation im Libanon weiter zugespitzt. Die arabischen Untergrundkämpfer verübten auf zwei Armeeposten im südöstlichen Libanon zwei Feuerüberfälle, nachdem die Armee gestern bekanntgegeben hatte, sie werde gegen die Partisanen scharf durchgreifen. Bei den Kämpfen kamen ein libanesischer Soldat und zwei Araber ums Leben.

Die größte arabische Untergrundorganisation, El Fatah, forderte über Radio Kairo die libanesische Regierung auf, „die Belagerung der palästinensischen Flüchtlingslager aufzuheben" und all jene freizulassen, die während der jüngsten Demonstrationen zugunsten der Terroristen verhaftet worden waren. Erst wenn diese Forderungen erfüllt würden, wolle die El Fatah mit der libanesischen Regierung über die Stationierung der Guerillas verhandeln.

In der letzten Zeit sollen etwa 2000 Partisanen über die syrische Grenze in den Libanon eingedrungen sein. Sie beanspruchen das Recht, auf libanesischem Boden Operationsbasen gegen Israel bilden zu dürfen. Die Regierung fürchtet jedoch, daß sich diese Macht als Staat im Staate etabliert. Tatsächlich war es in der letzten Zeit zu schweren innenpolitischen Unruhen gekommen, so daß die Regierung zurücktrat. Seitdem ist Staatspräsident Helou noch immer bemüht, eine neue Regierung zu bilden.

Der Libanon will auf jeden Fall vermeiden, daß die Terroristen so mächtig werden wie in Jordanien. Dort kämpft König Hussein gegen die Gefahr, die politische Kontrolle an die El Fatah zu verlieren.

Foto: AP

Der „Marder" läuft 80

Die jüngste Waffe der Bundeswehr heißt „Marder". Gestern wurde der neue, in rund zehn Jahren entwickelte Schützenpanzer auf dem Truppenübungsplatz Munsterlager der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Albert Schnez, erklärte: „Der neue Schützenpanzer wird die Kampfkraft des Heeres wesentlich stärken."

Der „Marder" soll den Schützenpanzer HS 30 ablösen, der sich für einen gemeinsamen Einsatz mit dem Kampfpanzer „Leopard" als zu langsam und unbeweglich erwiesen hat. Das Heer soll im Laufe der Jahre etwa 2000 „Marder" erhalten. Stückpreis rund 700 000 DM.

Die einzelnen technischen Daten des neuen Kettenfahrzeugs: 10 Mann Besatzung, 600-PS-Motor, geschützt gegen atomare, biologische und chemische Kampfmittel, Infrarotgeräte für Fahrer und Schützen, 80 Stundenkilometer Spitzengeschwindigkeit, Maschinenkanone (20 Millimeter) und zwei Maschinengewehre, schwimmfähig und tauchfähig bis zu vier Metern.

Die ersten zehn von Henschel-Rheinstahl gebauten „Marder" sind seit Oktober in Munsterlager im Truppenversuch. Übereinstimmendes Urteil der Soldaten und Offiziere: „Der beste Schützenpanzer, den es je gab." co.

Vor neuem „Lkw-Krieg" mit Holland?

Eigener Bericht - dpa

Den Haag, 7. Mai

Kommt es zwischen der Bundesrepublik und Holland zu einem neuen „Lkw-Krieg"? In den Niederlanden stehen die Zeichen auf Sturm. Die vier Handelskammern der Grenzprovinz Limburg haben heftig gegen die von Bonn geplante Verkehrsordnung während der Urlaubszeit protestiert. Danach sollen in Westdeutschland Lastwagen über 7,5 Tonnen zwischen Freitag 15 Uhr und Montag sechs Uhr nicht mehr fahren dürfen.

Nach Ansicht der Niederländer ist es unzulässig, zugunsten von Touristen einen für Holland so wichtigen Wirtschaftszweig wie den Straßentransport zeitweilig lahmzulegen. Die Maßnahme werde das ohnehin begrenzte Kontingent ausländischer Lkws auf deutschem Boden um schätzungsweise 30 Prozent vermindern.

Aenne Brauksiepe

Familienminister für schulfreien Sonnabend

Deutsche Presse-Agentur

Saarbrücken, 7. Mai

Bundesfamilienminister Aenne Brauksiepe hat sich erneut für die Einführung eines schulfreien Sonnabends eingesetzt.

In einem Rundfunkinterview vertrat sie die Ansicht, das schulfreie Wochenende sei nicht nur für Eltern und Kinder, sondern auch für die Lehrer ein Gewinn. Der Sonnabend sei der einzige Tag, an dem sich die Erzieher beruflich weiterbilden könnten.

Evangelische Kirche Deutschlands getrennt

Eigener Bericht - dpa

Augsburg, 7. Mai

Die evangelische Kirche Deutschlands ist getrennt. Einstimmig hat die Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) gestern in Augsburg die organisatorische Trennung der VELKD in zwei selbständige Teile für die Bundesrepublik und die DDR beschlossen.

Der Beschluß bestätigte nur die praktisch schon vollzogene Trennung, da die der VELKD angehörenden mitteldeutschen Landeskirchen unter dem Druck der SED eigene eigenen Kirchenbund gebildet haben. Aus dem gleichen Grund muß auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ihre Arbeit auf das Gebiet der Bundesrepublik beschränken. In der Praxis war das bereits seit geraumer Zeit der Fall.

Weitere politische Informationen Seite 11

Verjährungs-Debatte wieder verschärft

CDU/CSU beschließt Vorlage eines eigenen Entwurfs

Von unserer Bonner Redaktion

West. Bonn, 7. Mai

Die Bonner Auseinandersetzungen um die Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord und Völkermord haben sich wieder verschärft. Heute nach hat die CDU/CSU-Fraktion auf einer Sondersitzung beschlossen, der Regierungsvorlage einen eigenen Entwurf gegenüberzustellen.

Damit hat sich der Streit, der einen Kabinettsbeschluß monatelang verzögert hatte, in den Bundestag verlagert. Nach wie vor besteht die CDU/CSU darauf, daß Mord und Völkermord zwar grundsätzlich nicht verjähren sollen, daß aber für untergeordnete Täter eine Sonderregelung getroffen wird.

Diesen Standpunkt hatte ursprünglich auch Bundeskanzler Kiesinger vertreten. Er ließ sich aber dann von Justizminister Heinemann (SPD) davon überzeugen, daß eine solche „differenzierte" Lösung des Verjährungsproblems gesetzestechnisch nicht zu verwirklichen sei.

Die CDU/CSU-Fraktion kam in ihrer Sondersitzung heute nacht zu einer gegenteiligen Auffassung. Sie entschied sich für eine Formel, die der frühere Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Strauss, ausgearbeitet hatte. Danach sollen vor dem 1. Juli 1945 begangene Taten der Befehlte zum Mord verjähren, wenn der Mordgehilfe einen Befehl oder eine Weisung befolgt hat und bei ihm die besonderen Mordmerkmale fehlen.

Eine Sonderkommission, der die Abgeordneten Güde, Jäger und Köppler angehören, soll diese Überlegung in die Form eines Gesetzesentwurfs bringen. Dann will die CDU noch einmal mit der FDP verhandeln und versuchen, die Sozialdemokraten für diese Lösung zu gewinnen.

In der heutigen Diskussion über die große Strafrechtsreform soll die Frage der Verjährung praktisch ausgeklammert bleiben. Der Reformentwurf sieht zwar vor, das die Verjährung für Mord von 20 auf 30 Jahre verlängert wird. Dieser Formulierung wollen die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD auch ohne Debatte zustimmen. Sie sind sich aber darüber einig, daß diese Frage dann später auf der Grundlage des vorliegenden besonderen Gesetzentwurfs noch einmal grundsätzlich entschieden werden muß.

„Kinderschwester" Jacqueline

Wie eine Kinderschwester bummelte Jacqueline Onassis-Kennedy durch den Vergnügungspark von Palisade (New Jersey). Sie mußte nicht nur auf ihren Sohn (dritter von links), sondern auch auf dessen Freunde aufpassen, die einen solchen Ausflug immer begeistert mitmachen. Foto: DPA

BUNTE WELT

Wiedergutmachung gefordert

Der militante Negerführer James Forman hat an das Büro der lutherischen Kirche von Amerika in New York ein sogenanntes Mani-

James Forman

fest nach Art der Thesen Martin Luthers geschlagen, in dem er als Führer der neugegründeten „Black Economic Conference" 500 Millionen Dollar als Wiedergutmachung für die Ausbeutung der schwarzen Sklaven in den USA fordert.

Franz von Papen beigesetzt

Der frühere Reichskanzler Franz von Papen ist gestern in Gegenwart von etwa tausend Trauergästen in Wallerfangen (Kreis Saarlouis) beigesetzt worden.

Macmillan wieder zu Hause

Der frühere britische Premierminister Harold Macmillan ist gestern nach seiner Gallenstein-

Harold Macmillan

Operation aus dem Londoner St. Thomas Hospital entlassen worden. Sein Befinden wird als gut bezeichnet.

Günter Grass nach Belgrad

Auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes wird der Schriftsteller Günter Grass in der kommenden Woche eine halboffizielle Informationsreise nach Jugoslawien antreten.

Kasino Berlin?

Eine Berliner Interessengruppe will für ungefähr 25 Millionen Mark in Berlin eine internationale Spielbank bauen, in der neben Roulette und Baccarat auch die amerikanischen Glücksspiele „Black Jack" und „Craps" gespielt werden sollen.

Beleidigung

Wegen Beleidigung des Präsidenten der Republik sind gestern fünf Franzosen von einem Pariser Gericht mit Gefängnis und Geldstrafen bestraft worden. Sie hatten Charles de Gaulle unmittelbar nach den Mai-Unruhen des vergangenen Jahres mit Hitler verglichen.

Gardisten vereidigt

Im Belvedere-Hof des Vatikans wurden gestern bei strömendem Regen 24 neue Schweizer Gardisten vereidigt. Die Rekruten, traditionsgemäß alle aus deutschsprachigen Kantonen der Schweiz, traten in den gelb-orange-blauen Uniformen an, die Michelangelo vor 400 Jahren entworfen hatte.

Anzeige

der spez. LKW-Verleih
38 27 78
WUCHERPFENNIG

Soll nicht erreicht

Die Steuereinnahmen des Bundes haben im ersten Quartal dieses Jahres mit rund 17 Milliarden DM nicht das im Haushaltsplan veranschlagte Soll von 18,5 Milliarden Mark erreicht, obschon das Ergebnis um 12,8 Prozent über den Steuereinnahmen der ersten drei Monate des Vorjahres liegt.

Strafe für Protest

Als fünfter Pole ist der 23jährige Student Pjotr Zebrun gestern von einem Gericht in Warschau wegen Verbreitung von Flugblättern, auf denen im vergangenen Jahr gegen die Invasion der CSSR protestiert worden war, zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Ciro Niederlassungen gibt es seit Jahrzehnten in vielen der bedeutendsten und modebewußtesten Städten dieser Welt. Ciro unterhält über 20 Niederlassungen, unter anderem in: London, New York, San Franzisko, Beverly Hills, München im Preysing-Palais, Theatinerstraße Köln Hohestraße Düsseldorf Königsallee

Ciro Perlen

das internationale Schmuckfachgeschäft erlaubt sich, Ihnen anzuzeigen, daß in HAMBURG AM JUNGFERNSTIEG IM STREIT'S HAUS Ende Juli eine Niederlassung eröffnet werden wird.

Bitte beachten Sie auch unsere Annonce auf Seite 13

Wir sind weltweit als Perlenfachgeschäft bekannt. Sie finden bei Ciro Zuchtperlen in großer Auswahl, aber auch unsere berühmten Ciro Perlen, eine der besten Nachahmungen der Orientperlen, des weiteren erstklassige Juwelen-Imitationen und zauberhaften modischen Schmuck in bester Verarbeitung.